



Ausschuss für Europa und Internationales

7. Sitzung (öffentlich)

17. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gespräch mit einer Delegation des Flämischen Parlaments	6
2	Grenzenlose Reisefreiheit: Nach Corona sollen mehr Jugendliche im Sommer durch Europa reisen	18
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3283	

– Wortbeiträge

7 Wie bewertet die Landesregierung das Neue Europäische Bauhaus für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/988

– Wortbeiträge

8 Corona: Wie erfolgreich war das grenzübergreifende Krisenmanagement? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]) **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/990

– Wortbeiträge

9 Austausch der Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen in NRW mit der Staatskanzlei (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/991

– Wortbeiträge

10 Verschiedenes **35**

a) Beschluss zur Informationsfahrt des Ausschusses am 6. und 7. September 2023 nach Brüssel **35**

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, vom 6. bis 7. September 2023 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen.

b) Sitzungstermine 2023 **35**

Der Ausschuss beschließt den Sitzungsplan für das Jahr 2023.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** die Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus, Frau Cathy Coudyser, sowie deren ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Johan Deckmyn, und Herrn Nic Van der Marliere, Generaldelegierter von Flandern in Deutschland.

Für das Gespräch stünden zwei Dolmetscher zur Verfügung, Frau Ingelbeen und Herr Piel. Er heiße sie herzlich im Ausschuss willkommen. Für die Landesregierung heiße er den Minister und Chef der Staatskanzlei, Herrn Limininski, auch herzlich willkommen sowie alle Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, der Presse, Frau Schröder-Djug vom Sitzungsdokumentarischen Dienst sowie Herrn Odebrecht vom Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel.

Änderungswünsche zur Tagesordnung sehe er nicht. Er bitte die Obleute, nach der Ausschusssitzung zwecks Terminkoordinierung noch einmal zu ihm zu kommen.

1 Gespräch mit einer Delegation des Flämischen Parlaments

Cathy Coudyser (Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus):

Vielen Dank für die Einladung. Ich bin sehr froh, dass das Flämische Parlament jetzt endlich NRW und den Ausschuss für Europa kennenlernen kann. Die Zusammenarbeit zwischen Flandern und NRW und auch den Niederlanden ist eine logische Zusammenarbeit.

Wir arbeiten schon in vielen Bereichen gut zusammen, aber natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen in der Zukunft, zum Beispiel bei der Energietransition, in der Chemiebranche – da möchten wir die Qualität hier auf ein höheres Niveau bringen –, dann die Deltaregionen, logistisch arbeiten wir hier auch schon sehr gut zusammen, bei den Häfen gibt es eine gute Zusammenarbeit, die möchten wir auch verstärken. Ich glaube, es ist auch sehr wichtig, in diesen Branchen die Zusammenarbeit weiterzuführen und zu vertiefen, auch um als Region in Europa andere Länder und andere Regionen zu stimulieren, mitzumachen und auch Ansätze zu finden, um zusammenzuarbeiten. Denn ich finde, das ist auch wichtig, um weniger abhängig zu sein von anderen Regionen und anderen Ländern in dieser Lage. Das ist mein Wunsch.

Johan Deckmyn (Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus):

Ich bin auch sehr froh, dass ich hier an der Sitzung teilnehmen kann. Es ist immer neu und auch interessant, wie in anderen Ländern getagt wird. Es gibt allerdings einen Unterschied zwischen Flandern und NRW. Flandern ist tatsächlich auch ein Bundesland in Belgien so wie NRW in Deutschland. Aber im Ausland muss ich immer erklären, dass Flandern Befugnis hat, Verträge mit anderen Regionen und anderen Ländern abzuschließen. Das Flämische Parlament in Belgien steht auf demselben Niveau wie alle anderen Parlamente in Belgien auch; das Bundesparlament, das föderale Parlament. Viele denken, dass Flandern nur eine Region ist innerhalb von Belgien. Aber das stimmt nicht.

Nic Van der Marliere (Generaldelegierter von Flandern in Deutschland):

Danke schön für unseren Empfang. Um es einfach zu sagen: Ein ehemaliger erster Minister von Belgien, Mark Eyskens, hat damals gesagt: Belgien ist eigentlich ein Königreich mit drei unabhängigen Republiken. Und unser Grundgesetz ist auch so, dass wir seit 1993 für unsere Befugnisse eigene diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten entwickeln. Wie Herr Deckmyn gesagt hat, können wir Verträge schließen mit anderen Staaten, unabhängig von unserem Bund.

Wir haben in verschiedenen Staaten unsere eigene Diplomatie, die sich in unserer Botschaft entwickelt. Der Belgische Botschafter in Berlin ist mein Kollege, nicht mein Chef. Wir haben eigene Befugnisse, und das sind besonders die Befugnisse, die nah an den Leuten stehen: Bildung, Jugend, Sport, Kultur, Export, Mobilität – nicht zu vergessen, was sehr wichtig ist in der Zusammenarbeit zwischen NRW, den Niederlanden und Flandern/Belgien. – Danke.

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Ganz herzlichen Dank für die Eingangsstatements. Die Landesregierung hat sich eben zu Wort gemeldet. Dann würde ich Herrn Minister Liminski das Wort erteilen mit der Bitte, auf die Konsektivübersetzung zu achten, so dass wir Pausen machen. Danach würde ich die Fragerunde an alle Fraktionen eröffnen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM): Liebe Freunde aus Flandern! Ich freue mich sehr, dass wir Sie heute hier zu Gast haben und dass wir uns auch hier im Parlament miteinander austauschen können. Wir pflegen zwischen den beiden Regierungen sehr intensive Beziehungen. Just heute – oder in diesen Tagen – vor einem Jahr war unsere gemeinsame Kabinettsitzung hier in Düsseldorf. Wir haben damals viele Dinge vereinbart, die wir jetzt gemeinsam abarbeiten. Im September war Herr Ministerpräsident Jan Jambon bei uns, bei Herrn Wüst und mir, und im November habe ich mich noch mit meinem Pendant in Wuppertal bei der Circular Valley-Konferenz getroffen. Wir pflegen einen sehr intensiven Austausch, weil uns viele Themen verbinden. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich möchte einige Themen kurz aufgreifen. Wir arbeiten an einigen Schwerpunktthemen sehr konkret mit Flandern zusammen. Sie haben es genannt: Die Häfen, die ja in diesem Jahr eine noch mal gesteigerte Relevanz entwickelt haben mit Blick auf die Lieferungen von LNG und im Weiteren dann von Wasserstoff. Das ist häufig Thema in diesem Ausschuss. Da sind wir sehr dankbar, dass wir uns auf der Ebene vertrauensvoll miteinander austauschen können.

Ein zweites Thema ist das Einstein-Teleskop, was wir mit großer Unterstützung aus dem Parlament – es gab einen fraktionsübergreifenden Antrag – vorantreiben. Ich konnte in dieser Woche die Task Force bei uns in der Staatskanzlei begrüßen, die wir in Bonn eingesetzt haben bei unserem Treffen im vergangenen Dezember. Wir kommen jetzt in die Umsetzung, in die Arbeit an diesem großen Projekt.

Ich will bei der Gelegenheit sagen, dass es mich sehr freut, dass Flandern nicht nur sehr aktiv ist, was die diplomatischen Bemühungen angeht – immer wieder begegnet mir von Kollegen in Deutschland die Frage „die waren auch schon bei euch?, jetzt waren sie auch bei uns.“ Ich nehme in der Tat die Aktivität Ihrer diplomatischen Arbeit jederzeit wahr. Was ich aber daran sehr schön finde, ist, dass wir dabei eng abgestimmt arbeiten und etwa, was das Thema Einstein-Teleskop angeht, hier auch die Brücke in den Osten Deutschlands schlagen, nämlich nach Sachsen, und dass das so konkret und reibungslos geht. Das ist nur möglich, wenn man großes Vertrauen zueinander hat. Deswegen sind wir sehr dankbar, dass das auch bei diesem Thema geht.

Ich will ein letztes, drittes Thema nennen, nämlich die Kreislaufwirtschaft, etwas, wo wir uns gemeinsam viel vorgenommen haben – nicht nur, weil wir das Thema wichtig finden, sondern auch, weil es einfach für unsere Regionen, die in vielerlei Hinsicht als starke Industrieregionen und starke Chemieregionen ähnlich sind, per se Sinn macht, bei diesem Thema in einem größeren Maßstab zu denken. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir mit all dem Know-how, was wir in Wuppertal mit Circular Valley zu diesem Thema haben, hier sozusagen den Brückenschlag über die Grenze machen wollen und noch in diesem Jahr zu einem Memorandum of Understanding kommen

wollen, wie wir auch in diesem Bereich von Anfang an das Thema Kreislaufwirtschaft so groß denken, dass es in der Sache viele Vorteile mit sich bringt, wenn man die Grenze nicht als Hindernis zulässt, sondern auch überwindet.

Das sind jetzt nur drei schlaglichtartig beleuchtete Themen, bei denen unsere Zusammenarbeit sehr konkret ist, und deswegen freue ich mich, dass wir das heute auch hier im Ausschuss erörtern.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, Herr Minister. – Dann möchte ich jetzt die Fragerunde eröffnen. Ich würde einfach im Kreis einmal rumgehen, damit alle Fragen stellen oder Kommentierungen abgeben können. Ich würde anfangen wollen, weil ich auch Fragen habe.

Ich habe zwei Fragen im Prinzip. Erstens: Können Sie noch mal sagen, was bei Ihnen im Ausschuss auf der Agenda steht? Was sind die Themen, mit denen Sie sich in den letzten zwölf Monaten befasst haben, beschäftigt haben?

Das Zweite ist das Thema „Ukraine“ und „Auswirkungen der Situation des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine“. Inwieweit ist das bei Ihnen Thema im Parlament, oder inwieweit merkt Flandern davon einen Effekt? Merken Sie irgendwas in energiepolitischen Fragen, wegen Flüchtlingen? Wie betrifft Sie das?

Ich würde Fragen sammeln. Okay? – Dann als Erste Frau Blask für die sozialdemokratische Fraktion.

Inge Blask (SPD): Einen wunderschönen guten Morgen. Wir begrüßen Sie auch für die SPD-Fraktion recht herzlich heute hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Wir würden gerne zu dem Thema Einstein-Teleskop eine Frage stellen. Wir waren als Fraktion vor Kurzem in Eupen in Ostbelgien und haben uns dort auch über das Thema Einstein-Teleskop ausgetauscht und haben erfahren, dass es auch eine kritische Diskussion zum Thema Einstein-Teleskop gibt. Können Sie einfach mal schildern, wie die Diskussion bei Ihnen läuft, und wer mit welchen Argumenten für oder gegen das Einstein-Teleskop ist?

Berivan Aymaz (GRÜNE): Auch von mir herzlich willkommen im Landtag. Ich fand es noch mal beeindruckend zu hören, wie weit Ihr föderales System geht, und zwar dahingehend, dass sogar die außenpolitischen Beziehungen autonom geführt werden können. Das ist ja bei uns eine ganz klar rote Linie. Deshalb heißt dieser Ausschuss ja nicht der Außenausschuss, wie sich das manchmal in Übersetzungsformen so rein-schleicht, sondern es ist der Ausschuss für Europa und Internationales, weil da die rote Linie ist.

Deshalb würde mich aber interessieren – Sie sagten, Sie pflegen auch diplomatische Beziehungen und schließen Verträge mit anderen Regionen, anderen Ländern –, mit welchen Regionen und Ländern Sie explizit sehr enge Partnerschaften haben – und vielleicht auch die Hintergründe dazu. Das fände ich noch mal sehr spannend.

Und dann würde ich auf den Punkt Kreislaufwirtschaft eingehen wollen. Das hat Herr Minister Liminski auch schon angesprochen. Da gilt Flandern als Vorreiter. Mich würde sehr interessieren, ob Sie uns vielleicht einige Best-Practice-Beispiele nennen könnten, die Sie derzeit umsetzen, und vor allen Dingen: Welche Voraussetzungen hat Flandern für seine Wirtschaft geschaffen, um diese Erfolge, die Sie da haben, auch erzielen zu können? – Vielen Dank.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Alles klar verstanden? – Dann für die konservative CDU-Fraktion, Herr Bergmann.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Hartelijk welkom in het parlement van de deelstaat Nordrhein-Westfalen. Het is helemaal belangrijk, dat wij samen werken en ... dat u kant hier wil zijn bureaus zonder grenzen, en zo het is mooi dat wij kunnen praten over belangrijke zaken.

Ich möchte einen Punkt rausstellen, damit die anderen das auch verstehen, und das gilt mit Blick auf die Infrastruktur. Für uns ist es natürlich wichtig: ZARA sind die belgischen Häfen, ein Teil ist niederländisch. Für uns ist es wichtig, dass die Anbindung optimal erfolgt. Wir haben über die Niederlande Schwierigkeiten, weil wir Deutschen es nicht hinbekommen, die Infrastruktur zu schaffen, Betuwelijn zum Beispiel. Die Frage ist, wie wird die Anbindung der Häfen, weil die für uns logistisch total wichtig sind, aus Ihrer Sicht in Richtung Deutschland optimiert, und was sind Ihre Erwartungshaltungen in Richtung Deutschland bei diesem Punkt?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. Das Protokoll fragt, Herr Kollege, ob Sie so nett wären, die ersten Sätze auch auf Deutsch zu sagen, was Sie da gesagt haben. – Fantastisch. Dann haben wir das. Für die liberale Fraktion, Herr Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch von unserer Fraktion herzlich willkommen hier in Düsseldorf. Ich selber komme gebürtig aus Aachen, das liegt direkt an der Grenze zu den Niederlanden und zu Belgien, und das Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist bei uns in der Region sehr stark verwurzelt.

Ich habe mehrere Fragen. Das Thema „Einstein-Teleskop“ wurde auch schon vom Minister angesprochen, ein sehr wichtiges Thema für die Gesamtregion, aber auch für alle drei Länder, also die gesamte Benelux plus Nordrhein-Westfalen. Wie sehen Sie die Chancen dafür, dass eine Umsetzung möglich sein wird?

Eine zweite Frage betrifft die Zusammenarbeit der Hochschulen in den Grenzregionen. Wir haben Aachen, Maastricht, Hasselt, Lüttich, die enger zusammenarbeiten können. Sehen Sie da eine Chance einer engeren, vernetzten Zusammenarbeit auch für die Studenten? Das ist die zweite Frage.

Die dritte Frage betrifft die Jugendzusammenarbeit. Wir haben im letzten Plenum über den Élysée-Vertrag und den Austausch der Jugendlichen auch im speziellen Zusammenhang mit Frankreich gesprochen. Es gab einen Antrag von unserer Fraktion, um

das zu erweitern mit den Niederlanden. Da habe ich die Frage, ob auch da Möglichkeiten bestehen, den Jugendaustausch mit Belgien und Deutschland, insbesondere Nordrhein-Westfalen, zu verstärken.

Als Letztes die Frage „Katastrophenschutz“: Es gibt derzeit eine Tagung in den Niederlanden zum Thema „Brand- und Katastrophenschutz“. Da wäre meine Frage, inwieweit Sie im Hinblick auf die Pandemie, aber auch das Hochwasserereignis von vor zwei Jahren als belgische Landesteile den Katastrophenschutz weiter stärken würden.

Vielleicht muss das eine oder andere jetzt übersetzt werden. Vielleicht kann die Dolmetscherin das kurz machen. – Danke.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich glaube, es ist verstanden worden, wenn ich das richtig deute. Es tut mir leid, es sind viele Fragen, aber die Abgeordneten Kollegen sind sehr neugierig.

Zum Schluss Herr Tritschler für die Alternative für Deutschland.

Sven Werner Tritschler (AfD): Auch genannt die demokratische Fraktion. – Ich habe nur eine Frage. Ich beobachte mit großem Interesse die Entwicklung im belgischen Staat und war auch schon im Flämischen Parlament zu Gast. Bei Ihnen ist ja die Entwicklung ein Stück weit, dass – Regionen darf man nicht sagen, ich weiß nicht, was der korrekte Ausdruck ist – die Gemeinschaften und die einzelnen Teilstaaten immer mehr Kompetenzen bekommen. Wir nehmen bei uns eher die gegenteilige Entwicklung wahr, insbesondere auch verschärft dadurch, dass die Europäische Union immer mehr Kompetenzen versucht, auch europaweit zu zentralisieren. Wie ist da Ihre Wahrnehmung?

Wir haben jetzt gerade zum Beispiel ein Thema, was bisher ein reines Landesthema war, der European Freedom Act, wo unsere Landesregierung auch widersprochen hat, da eine europaweite, einheitliche Regelung zu treffen. Also: Wie begegnen Sie Zentralisierungstendenzen aus Brüssel? – Danke.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Das war die Fragerunde. Alle Fragen verstanden? – Frau Coudyser, dann wären Sie die Erste. Wir versuchen es.

Cathy Coudyser (Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus): Zum ersten zur Frage, was uns im Flämischen Parlament beschäftigt, ganz allgemein in den unterschiedlichen Ausschüssen: Ich könnte mir vorstellen, dass das ähnliche Themen sind wie hier. Das ist die Industrie, das ist die Energie, Energie 4.0, Digitalisierung. Da ist auf jeden Fall Thema Nummer 1 die Digitalisierung und der Wandel, der in dem Bereich erreicht werden muss.

Energiepolitische Fragen, die Suche nach alternativen Energieformen: In Belgien wird auf föderaler, aber auch auf regionaler Ebene über das Ende der Kernenergie gesprochen, bzw. die Laufzeit wird teilweise auch verlängert. Ich habe gestern gehört, dass

das hier in Nordrhein-Westfalen ein schwieriges Thema ist. Deswegen würde ich sehr gerne von Ihnen auch erfahren, wie Sie dazu stehen.

In unserem Ausschuss, konkret dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationales und Tourismus, sind das bei uns die wichtigen Themen. Am Anfang dieser Legislaturperiode wurde unsere Arbeit auch beherrscht vom Brexit. Der liegt jetzt erst mal hinter uns. Jetzt beschäftigt uns insbesondere der Krieg in der Ukraine. Mein Kollege wird gleich dazu noch etwas sagen.

Darüber hinaus sprechen wir über Menschenrechte, Waffenhandel und europäische Angelegenheiten. Was wir als Flandern machen können, ist, in Dialog treten mit Europa.

Wir können ins Gespräch gehen mit der Europäischen Union. Wir können Resolutionen annehmen. Diese können wir dann wiederum weiterreichen an das Flämische Parlament bzw. an die Europäische Kommission. Darüber hinaus hat Flandern ständige Vertreter, Attachés, die sich mit unterschiedlichen Politikfeldern beschäftigen, mit der Landwirtschaft, Fischerei, Mobilität; Themen, die auf europäischer Ebene eine Rolle spielen. Diese Attachés beschäftigen sich intensiv mit diesen Themen, halten auch Rücksprache mit unseren Ministerien, um in Erfahrung zu bringen, was ist die flämische Position?, damit sie diese Position kennen und dementsprechend handeln können.

Für uns ist es auch sehr interessant, mit Länderparlamenten so wie hier oder auch nationalen Parlamenten zu prüfen: Was sind gemeinsame Standpunkte, was sind eventuelle Differenzen, aber was sind eben auch Gemeinsamkeiten, nach denen wir gemeinsam handeln können?

Wir haben eine interessante Organisation in Flandern, VLEVA, Vlaams-Europees Verbindingsagentschap, die Verbindungsagentur Flandern-Europa. Das ist eine Agentur, der Organisationen aus der Zivilgesellschaft, Bürger, Vereine etc. angehören, denn wir sind der festen Überzeugung, dass auch diese Organisationen und Einrichtungen darüber informiert werden müssen, was in Europa passiert, welche Entscheidungen darüber getroffen werden. Wir müssen wiederum wissen, was deren Haltung dazu ist, sodass wir deren Position mit berücksichtigen können in der Position Flanderns.

Diese Organisation VLEVA hat Mitglieder, unter anderem aus der Zivilgesellschaft, Vereine etc. Wir halten Kontakt mit dieser Organisation. Die Attachés haben ebenfalls Kontakt mit dieser Organisation. Es ist also eine Art Zwischenebene. Wir arbeiten mit denen in Bereichen wie Digitalisierung, Industrie 4.0, Kreislaufwirtschaft zusammen. Diese Organisation wiederum spricht mit ihren Mitgliedern, zum Beispiel zum Thema Inflation Reduction Act, sodass wir wissen, was dort passiert, und wir das auch in der Europapolitik berücksichtigen können.

Dann noch ein letzter Punkt: Flandern als Region ist auch dazu in der Lage, selbst Verträge zu ratifizieren. Sie haben uns vielleicht auch kennengelernt im Zusammenhang mit dem CETA-Vertrag. Dieser CETA-Vertrag war für Flandern, für unsere Handelspartnerschaften sehr wichtig. Wir haben den Vertrag auch ratifiziert, allerdings haben unsere Freunde aus der Wallonie, die da etwas weniger in diese Richtung Ambitionen haben, leider nein gesagt zur Ratifizierung dieses Vertrages. Alle anderen Teile

Belgiens haben den Vertrag ratifiziert, aber deswegen ist es leider so gekommen, wie es gekommen ist.

Die Fragen zum Einstein-Teleskop, den Häfen und die Ukraine überlasse ich meinem Kollegen. Der wird gleich darauf eingehen.

Dann die Frage zum Katastrophenschutz: Das ist eine Befugnis von Belgien auf föderalem Niveau. Flandern hat die Befugnis über den Katastrophenfonds. Das ist ein Fonds, in dem es Geld gibt, das dann für die Landwirte ausgeschüttet wird, falls sie Schäden durch Überschwemmungen oder andere Katastrophen haben. Das ist eine flämische Befugnis. Zum Beispiel gab es Überschwemmungen in Wallonien vor einigen Jahren. Da hat Flandern genauso wie andere Länder und andere Regionen Hilfe geleistet. Das ist die flämische Befugnis, das ist alles, was wir machen können. Das ist beschränkt.

Dann die Frage zum 3RX. Das ist ein Projekt, das schon seit einigen Jahren im Gange ist. Das betrifft uns auch sehr. Flandern möchte gerne einen schnellen Durchbruch. Aber was heißt „schnell“? Ich glaube, wenn ich mich recht entsinne, dass Nordrhein-Westfalen denselben Standpunkt hat wie Flandern. Wir dachten am Anfang, dass die Niederlande auch denselben Standpunkt hätten und dass es auch Vorteile für die Niederlande in diesem Rahmen gäbe. Aber offenbar ist es doch nicht so, wie wir gedacht haben.

Trotzdem finde ich, dass wir die Niederlande überzeugen müssen, auch mitzumachen. Die Frage ist dann, wie wir das machen können und womit. Das ist eine interessante Idee, um sie hier vielleicht in diesem Kreis zu besprechen. Ich möchte gerne wissen, wie Sie das sehen. Was für Möglichkeiten sehen Sie hier? Mit welchen Projekten können wir die Niederlande überzeugen, trotzdem mitzumachen, vielleicht auch mit finanziellen Mitteln?

Wie gesagt, ich glaube, der Standpunkt von Flandern und NRW ist gleich. Vielleicht könnten unsere beiden Regionen einen Vorschlag ausarbeiten, um die Niederlande mitzunehmen. Das ist unsere Frage aus Flandern.

Johan Deckmyn (Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus): Ich habe mir drei Fragen aufgeschrieben. Erstens die Folgen vom Ukrainekrieg, dann das Einstein-Teleskop und die Entwicklung des belgischen Staats im Gegenzug zu Europa. Die anderen Fragen überlasse ich meinem Kollegen Nic Van der Marliere.

Erstens der Krieg in der Ukraine: Flandern verurteilt natürlich sehr den Einfall von Russland in die Ukraine. Die Folgen bei uns, genauso wie in anderen europäischen Ländern, sind Preissteigerungen und die Flüchtlingskrise, die das ausgelöst hat.

In Flandern sind die Bürger sehr hilfsbereit. Sie haben oft vorgeschlagen, selber Flüchtlinge bei sich zuhause aufzunehmen. Das haben wir bei anderen Flüchtlingskrisen nicht so gesehen. Das zeigt schon, dass die Besorgnis sehr groß ist, was einen Krieg im europäischen Raum betrifft.

Ein anderer Punkt, ein bisschen seltsam: Aber der Krieg hat auch wirtschaftlich negative Folgen, weil sehr viele ukrainische Arbeiter bei uns im Bau arbeiten. Die sind zurückgekehrt in die Ukraine, um dort zu kämpfen. Das haben wir gespürt.

Im Rahmen dieses Krieges in der Ukraine gibt es auch die Diskussion über den Wiederaufbau des Landes. Es gibt auch einen anderen Punkt: Europa hat versprochen, dass die Ukraine in die Europäische Union eintreten darf. Ich glaube, dass in den europäischen Ländern noch sehr viel darüber diskutiert werden muss und wird. Alle Länder müssen dann schauen, wie schnell so ein Eintritt möglich ist, auf welche Art, ob das überhaupt möglich ist.

Die nächste Frage betraf das Einstein-Teleskop. In Flandern wurde schon sehr viel diskutiert über dieses Projekt, es gab auch sehr viele Fragen. Flandern und auch Belgien möchten dieses Projekt gerne weiterführen. Die Frage war, ob es Argumente gab für oder gegen dieses Projekt. Flandern ist auf jeden Fall dafür. Es geht um die wissenschaftliche Exzellenz, ein Forschungszentrum mit den anderen Regionen in der Nähe aufzubauen. Für mich ist dann 1 + 1 mehr als 3. Ich bin auf jeden Fall Befürworter von diesem Projekt, auch weil es gut ist für die Wirtschaft.

Die Frage pro oder contra möchte ich Ihnen stellen. Ich glaube, NRW ist für das Projekt. Aber ich habe das Gefühl, dass auf Bundesebene bei Ihnen nicht so viel Enthusiasmus herrscht. Die Frage ist: Könnte NRW vielleicht den Bund überzeugen, da etwas mehr zu machen?

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Wir arbeiten dran. – Vielen Dank.

Johan Deckmyn (Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus): Eine der letzten Fragen bezog sich auf die Haltung Belgiens gegenüber Europa. Ich werde versuchen, es kurz zu halten. Es gibt in Belgien, grob gesagt, zwei Ebenen. Es gibt die Ebene der Gemeinschaften und der Regionen.

Auf regionaler Ebene sind Kompetenzen angesiedelt, die zum Beispiel die Infrastruktur bzw. bodenbezogene Kompetenzen betreffen. Es gibt drei Regionen. Es gibt die Wallonie, es gibt die Region Brüssel, und es gibt Flandern. Wie gesagt, das sind bodengebundene Kompetenzen, Infrastruktur.

Dann gibt es die drei Gemeinschaften. Das sind personenbezogene Kompetenzen. Das ist Kultur, darunter fällt auch Bildung, darunter fällt auch Soziales. Es gibt drei Gemeinschaften: Flandern, die Wallonie und dann gibt es die deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien. Ich möchte nicht mehr weiter darauf eingehen. Nur ein Beispiel: In Flandern hat man das Parlament der Gemeinschaft und das Parlament der Regionen. Die haben sich zu einem Parlament zusammengetan. In der Wallonie ist es anders. Die haben zwei unterschiedliche Parlamente, und in Deutschland ist es kompliziert. Bei uns ist es aber auch kompliziert.

Dann die Frage zur Beziehung zur europäischen Ebene: Das ist interessant. Wir als Flandern können selbst Entscheidungen treffen, die auf die europäische Ebene gehoben werden können. Wir haben, das kam vorhin auch schon zur Sprache, die

Kompetenz, Verträge zu schließen, auch internationale Verträge. Es gibt aber auch Aspekte, die gemeinsam entschieden werden müssen. Dann muss es einen Konsens geben zwischen den unterschiedlichen Gebieten Belgiens. Wenn es diesen Konsens nicht gibt, dann enthält Belgien sich auf europäischer Ebene. Das kommt durchaus häufig vor. Dann fragt man sich, wie kann das sein? Das liegt daran, dass die unterschiedlichen Gebiete Belgiens einen Konsens schließen müssen. Manchmal kommt es vor, dass einige Gebiete zu einer bestimmten Sache nein sagen. Das ist kompliziert.

Eine andere Schwierigkeit, die auch kürzlich wieder im Flämischen Parlament besprochen wurde, ist die diplomatische Vertretung Flanderns auf dem europäischen Niveau. Es hat in Belgien sechs Staatsreformen gegeben, seit 1994 zwei. Aber die Vertretung Flanderns auf der europäischen Ebene beruht immer noch auf dem Stand von 1994, ist also im Prinzip 30 Jahre alt. Wir hatten darüber kürzlich noch eine Debatte im Parlament. In Flandern sind wir uns alle einig, dass sich das ändern muss. Die Sache ist aber blockiert, und das ist ziemlich schwierig.

Vielleicht noch abschließend ein Beispiel, um zu zeigen, wie schwierig die Situation ist. Ich glaube, meine Kollegin hatte eben schon darüber gesprochen, das Thema CETA. Wir haben Vertragsbefugnis. Flandern ist berechtigt, internationale Verträge zu ratifizieren. Das haben wir bei CETA gesehen, nur dass da etwas nicht ratifiziert, sondern blockiert wurde, und zwar von der Wallonie. Das ist eigentlich die beste Art der Welt zu zeigen, dass wir in Belgien Regionen haben, die die Kompetenz haben, internationale Sachen zu blockieren. Ich kann mich erinnern, dass die Kanadische Premierministerin auf einer internationalen Konferenz deswegen sogar in Tränen ausgebrochen ist. Wie gesagt, so kann man auch weltweit berühmt werden.

Dann zum Schluss, um noch mal einzugehen auf die Beziehung Flandern – Europa. Wir haben die gute Tradition, dass um den 9. Mai herum bei uns in einer Plenarsitzung im Flämischen Parlament ein Europakommissar oder eine Europakommissarin eingeladen wird und dass dann über europäische Themen gesprochen wird, sodass wir immer auf der Höhe der aktuellen Entwicklungen sind.

Nic Van der Marliere (Generaldelegierter von Flandern in Deutschland): Dann aus diplomatischer Perspektive gab es Fragen: Mit welchen anderen Staaten Deutschlands haben wir auswärtige Beziehungen aus unserer Perspektive? Aus Perspektive der Länder, wobei Sie gesagt haben: Es gibt eine rote Linie der – wie man das dann nennt – Schwiegermutter in Berlin. Aber für uns ist NRW Nummer 1 für unsere Zusammenarbeit in Deutschland. Wir gucken auch nach Sachsen, als Spiegelbild sozusagen im Osten auch von NRW, im Drei-Länder-Eck mit Polen und Tschechien, was sehr wichtig ist. Flandern will so seine Beziehungen von der Mitte Deutschlands von der Nordseeküste bis zur Elbe verbinden.

In Zusammenarbeit mit Sachsen hätten wir jetzt fast unsere erste gemeinsame Kabinettsitzung gehabt, aber durch unsere Stickstoffprobleme in Flandern ist das jetzt verschoben worden auf spätere Termine.

Aber zwei Dinge waren auf unserer Agenda, erstens die Kreation einer permanenten Arbeitsgruppe Wasserstoff und einer permanenten Arbeitsgruppe Mikroelektronik. Wie

Sie wissen, ist Flandern mit iMac sehr stark in der Entwicklung und Design von Chips. Sachsen ist ein sehr starker Produzent von Chips. Und dann, wie Herr Deckmyn sagte, sind $3 + 3 = 7$, wenn wir zusammenarbeiten. Das wollen wir versuchen.

Mit Sachsen gibt es selbstverständlich kulturelle Zusammenarbeit und andere Dinge noch. Ich kann da noch lange drüber reden. Aber für uns sind Hamburg, Niedersachsen und auch Sachsen-Anhalt wichtig, weil unsere Regierung eine Strategie hat, mit der sie die Powerhouses von den Niederlanden, Skandinavien und Deutschland zusammenbringen möchte, um die starken Regionen mit ihren eigenen Wirtschaftszweigen zusammenzubringen. Dann können wir auch die weniger starken hinzu nehmen. Mit dem Dreiländereck wird das mit Sachsen oder den Visegrád-Ländern angestrebt, wo wir unsere Technologie zum Beispiel in Wasserstoff, in Mikroelektronik mitbringen. So stärkt man ganz Europa. Und das brauchen wir in der Zukunft.

Selbstverständlich unterstützen wird das Einstein-Teleskop. Hinzu kommt in Sachsen das TCA für astrophysische Forschung. Es ist gefundenes Fressen sozusagen, dass wir NRW, Flandern, die Niederlande, Belgien zusammenarbeiten und dass auch dort $2 + 2$ dann 10 sind, astrophysisch gesehen. Aber das sind die Teilstaaten, mit denen man diplomatische Beziehungen bilateral entwickelt.

Man hat mich gebeten, ein Beispiel für Verträge zu geben. Ich kann ein Beispiel aus der Vergangenheit geben. Die Vertragsbefugnis stammt aus 1993. Die damalige Regierung Flanderns hat mit der Russischen Föderation einen Vertrag geschlossen über drei Punkte für Zusammenarbeit. Flämische Juristen haben der Duma geholfen, ein neues Bildungsrecht in Russland zu entwickeln. Zweitens haben wir unsere Techniken, unsere Kenntnisse und Know-how über die Integration von autistischen Kindern in der Bildung angeboten. Drittens haben flämische Pädagogen Bücher entwickelt für russische Schüler, um Französisch zu lernen, weil in unserer Region die Schülerinnen und Schüler seit Langem Französisch lernen als zweite Sprache, nicht als Muttersprache. Das war sehr wichtig, um diese Techniken pädagogisch rüberzubringen. Das sind sehr praktische Dinge, wo wir als Flandern unabhängig von Belgien als Staat direkt mit anderen Ländern und Staaten zusammenarbeiten können.

Etwas auch noch über Europa. Als Beispiel: Teilstaatenminister Belgiens sind auch Ratspräsidenten. 2024 hat Belgien die Ratspräsidentschaft, und Flandern hat die Ratspräsidentschaften in Industrie, Kultur, Jugend, Sport, Medien und Fischerei. Und dann sind wir Ratspräsident von Europa. In anderen Räten sind wir Sprecher für Belgien. Unsere Kollegen aus der Wallonie, Brüssel und der französischsprachigen Gemeinschaft oder Ostbelgien bilden dann auch die Ratspräsidentschaft, die das Königreich, unseren Staat, vertreten und direkt mit Europa als Ratspräsidenten sprechen. Das ist ein großer Beweis unserer direkten diplomatischen und internationalen Befugnisse.

Häfen, zum Schluss: Selbstverständlich ist für die niederländischen und flämischen Häfen Duisburg unser wichtigster Hinterhafen sozusagen. Ich glaube nicht, dass man das in Duisburg so sieht, aber die Zusammenarbeit ist sehr eng und sehr wichtig. Wir haben ein MOU zwischen den Häfen von Antwerpen, Brügge und Duisburg vor einem Jahr abgeschlossen. Unser MOU in Kreislaufwirtschaft kommt. Im Frühling, hoffentlich, unterschreiben unsere Ministerpräsidenten diese Zusammenarbeit in der Kreislaufwirtschaft.

Es gibt auch hier die Befugnisse, die Häfen sind flämisch, sie liegen in flämischen Regionen. Deswegen sind das unsere Befugnisse. Aber Transport ist dann auch dort sehr wichtig, wie gesagt. Denn Binnenschifffahrt, unsere Pipelines, unsere Technologie, das Fluxys-Gasterminal sind sehr wichtig für NRW, aber auch für ganz Deutschland. Das hat sich auch der Bundeskanzler selbst angeschaut, am 14. Februar war er in Zeebrügge.

Mehr als je zuvor ist die Zusammenarbeit in dieser Energiekrise, Versorgungskrise mit Blick auf die Sicherheit von Rohstoffen, um die Souveränität und Unabhängigkeit zu erreichen, wichtig. Wir müssen unsere Beziehungen immer weiter intensivieren. – Danke.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank, Frau Coudyser, Herr Deckmyn und Herr Van der Marliere, für den Besuch. Mit Blick auf die Uhr, weil wir schon über der Zeit sind und wir noch eine volle Tagesordnung haben, würde ich jetzt hier einen Cut machen wollen.

Ich bedanke mich im Namen der Ausschussmitglieder herzlich, dass Sie sich auf den Weg nach Düsseldorf gemacht haben, hier Rede und Antwort gestanden haben und uns Ihre Arbeit nähergebracht haben und ein bisschen mehr Verständnis für das politische System gegeben haben, was Sie können und was nicht. Das ist hochspannend, auch in Abgrenzung zu anderen Regionen.

Das Thema Stickstoff, wenn ich das sagen darf, nach dem Ausgang der Wahl in den Niederlanden gestern scheint ein größeres Thema zu sein. Da sind Sie nicht alleine. Ich bin sehr gespannt auf die Ratspräsidentschaft 2024. Da werden wir sicherlich noch mal zusammenkommen. Uns interessiert alles, bis auf Fischerei. Das ist nicht so in unserem Fokus. Aber ansonsten haben wir auch inhaltlich viele Anknüpfungspunkte.

Es war ein spannender Austausch. Ich glaube, wir haben es über Jahre nicht gemacht, dass wir uns auf parlamentarischer Ebene so begegnet sind. Wir haben gehört, dass die Exekutive der Landesregierung doch schon einigermaßen regelmäßig gemeinsame Kabinettsitzungen macht. Ich empfinde das hier als Auftakt für einen Dialog. Ich glaube, wir kommen als Ausschuss auch gerne mal vorbei und gucken uns Ihren Ausschuss an oder machen vielleicht mal eine gemeinsame Sitzung wie das Kabinett. Das wäre vielleicht einmal spannend. Darüber sollten wir nachdenken.

Danke für den Aufschlag hier. Ich glaube, wir bleiben in Kontakt. Kommen Sie gut nach Hause! Wir sehen uns später noch mal. Sie haben jetzt eine Führung durchs Haus. – Einen großen Applaus noch mal für unsere Gäste, bitte.

(Beifall)

Cathy Coudyser (Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit und Tourismus):

Es war eine große Ehre, hier sein zu dürfen. Ich finde es auch sehr schön, dass wir das Parlament besichtigen dürfen, und ich finde es wichtig, dass die Parlamente in der Zukunft einander öfter treffen. Sie sind immer willkommen bei uns, um über verschiedene Sachen zu diskutieren.

Ich kann gleich schon mal erste Einladungen verschicken. Im Rahmen des Ratsvorsitzes in Europa werden wir eine Sitzung organisieren. Da möchten wir Länder und auch Regionen einladen. Das Thema wird dann auch sein „starke Regionen“, und es wäre schön, wenn NRW eine Delegation da hinschicken könnte.

Wir werden daneben noch ein anderes Event in Belgien organisieren. Da geht es um die Kreislaufwirtschaft. Wir sprechen über allgemeine Themen, auch Energietransition, Materialverwaltung etc. Da sind Sie auch herzlich eingeladen. Wir werden verschiedene Betriebe besichtigen in diesem Rahmen und diskutieren über die Themen, die aktuell sind. Vielleicht könnten wir auch in diesem Rahmen eine Resolution erstellen, und NRW kann gerne einen Beitrag dazu leisten. Dann können wir diese Resolution zusammen an Belgien übergeben und so etwas in Bewegung setzen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen herzlichen Dank. – Der Minister und ich würden die Delegation noch kurz nach draußen bringen. – Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten, dann machen wir weiter.

2 **Grenzenlose Reisefreiheit: Nach Corona sollen mehr Jugendliche im Sommer durch Europa reisen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3283

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien am 10.03.2023)

Dr. Werner Pfeil (FDP) schickt voraus, eine Anhörung wünsche er nicht zu dem Thema. Heute habe man an einem schönen Beispiel gesehen, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Belgien durch den Austausch funktionieren könne. Frau Bongers habe zu Recht im Plenum darauf hingewiesen, dass sich der Antrag nur an die Niederlande wende, ausgehend vom Élysée-Vertrag. Natürlich könne man das auf alle Benelux-Länder erweitern. Damit habe er kein Problem. Er würde sich freuen, wenn auch die regierungstragenden Fraktionen sehen würden, dass beim Thema „Reisefreiheit“ und „Jugendliche“ noch das eine oder andere umgesetzt werden könne. Das habe auch der Minister erklärt. Er bitte, beim nächsten Mal über den Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Stefan Engsfeld meint, das könne man gerne planen. Er weise aber darauf hin, dass zwei Ausschüsse mitberatend seien. Er sei sich nicht sicher, ob die bis zur nächsten Sitzung votiert hätten.

Dr. Werner Pfeil (FDP) bittet den Punkt wieder aufrufen, wenn die beiden Ausschüsse so weit seien.

Sonja Bongers (SPD) wiederholt das, was sie auch im Plenum gesagt habe. Ihre Fraktion finde den Antrag wunderbar und würde sich freuen, wenn dieser Ausschuss zu einer Weiterentwicklung und Ausweitung auf andere Länder beitragen könnte.

3 **Medikamentenkrise in Belgien: Kann Nordrhein-Westfalen mit Medizin aus-** **helfen?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/989

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für die Antwort, die das eine oder andere für seine Fraktion erhelle. Man sei von der Benelux-Strategie ausgegangen und frage, warum man beim Medikamentenhandel und -problemen zwischen Belgien und Deutschland nicht helfen könne. Die Antwort liege vor.

Nun gebe es ja ein generelles Problem sowohl in Deutschland als auch in Belgien und den Niederlanden. Da sollte man sich fragen, ob man in der Benelux-Strategie noch eine Lösung finden könne. Es werde auf den Pharmahandel verwiesen. Sie könnten ja bei Großhändlern einkaufen. Auf der anderen Seite sei es im Katastrophenschutz so, dass man für bestimmte Lagen Großlager vorhalten würde. Wenn solche Medikamente in diesen Lagern vorhanden wären, könnte man bei entsprechenden Engpässen daraus Lieferungen vornehmen. Die Frage sei, ob in diese Richtung von Seiten der Landesregierung gedacht werde.

Josef Neumann (SPD) weist darauf hin, dass es sich bei dem Thema um ein sehr wichtiges Thema handele. Die Medikamentenversorgung sei in Nordrhein-Westfalen sowie in der ganzen Bundesrepublik, in Belgien und darüber hinaus von großer Bedeutung.

Er glaube, man werde keine Lösungen herbeiführen können, indem man regionale oder länderspezifische Lösungen suche. In Europa müsse man das Thema „Forschung und Produktion von Medikamenten“ neu denken. Es sei alles ausgegliedert worden, was es gebe. Die Lieferketten funktionierten nicht mehr. Wenn eine Lieferkette nicht mehr funktioniere, komme auch nichts mehr an. Das Zweite sei, dass letztendlich die Vorhaltung von Medikamenten durch die Pharmaindustrie und die Produktion dieser Medikamente Geld koste. Das müsse man dann auch bezahlen wollen. Wenn man das nicht mache, könne man auch keine Medikamente kaufen.

Um diese Fragen zu klären, werde man keine kurzfristige Lösung finden. Es müsse eine längerfristige Lösung beim Thema „Standort Europa“, was die Pharmaindustrie und die Produktion von Medikamenten betreffe, gesucht werden. Medikamente würden in allen Bereichen fehlen, angefangen beim Krebsmedikament bei Brustkrebs bis hin zu Ibuprofen bei Kindern. Aktuell sei die Lage geradezu dramatisch. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales spiele das fast immer eine Rolle. Der Vorstoß der Medikamentenvorhaltung sei vielleicht das Eine. Das werde aber wenig helfen. Nun müsse man eine Antwort auf die Frage finden, wie man es schaffe, die Medikamentenproduktion wieder am europäischen Standort zu installieren. Dann müsse die Gesellschaft bereit sein, das zu bezahlen. Dann gelte nicht mehr das Prinzip „Geiz ist geil, und Markt ist das Beste“.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) bedankt sich für die Anfrage. Die habe das MAGS bearbeitet. An der kurzen Debatte gerade habe man sehen können, dass das Thema dringend sei. Es habe eine Dimension für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Dahinter verberge sich mittlerweile ein strukturelles Problem auch in Deutschland. Deutschland sei mal die Apotheke der Welt gewesen, habe aber mittlerweile ernsthafte Probleme, die eigene Bevölkerung zu versorgen, was auch an den Marktmechanismen liege, die Herr Neumann gerade angesprochen habe.

Wenn man mit Bayer telefoniere, würden die sagen, sie hätten nicht wirklich einen Engpass bei dem Medikament X; aber der Nordmarkt Europas zahle für solche Medikamente andere Preise. Man sei ein investorgeführtes Unternehmen und verfare nach bestimmten Regeln. Die Anteilseigner hätten bestimmte Interessen. Da stoße man dann an Grenzen. Das sei jetzt nicht der Ruf danach, Bayer zu verstaatlichen, aber man müsse in der Tat überlegen, wie man wieder dahin komme, den Markt an der Stelle so zu regulieren, dass die Grundversorgung nicht gefährdet sei.

Das hänge auch davon ab, hier für investitionsfreundliche Bedingungen zu sorgen, damit Bayer und andere Unternehmen nicht anderweitig produzieren würden. Das sei auch eher eine Frage der Abnahme durch den Markt, weniger der Standortfaktoren. Das hänge natürlich alles miteinander zusammen. Dieses Thema treibe nicht nur den Gesundheitsminister und den MP um, man rede darüber auch im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz, erst gestern noch, auch mit der Bundesregierung.

Was die Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angehe, so habe die Einlagerung von Medikamenten bestimmte Anforderungen. Die Landesrechnungshöfe würden sagen, was man wie lange einlagern könne. Das höre sich so schön an, man mache ein Lager auf und stelle das da rein. Die Produkte liefen aber irgendwann ab. Dann gebe es den Bericht, jetzt seien so und so viele Flaschen X nicht verwendet worden, daran hingen viele Fragen. Obwohl man aus der Pandemie vielfach gelernt habe, Abhängigkeiten abzubauen, heiße das nicht, dass alles, was in einem bestimmten Fall gebraucht werde, irgendwo in großen Lagern eingelagert werde. Man verlasse sich schon darauf, dass die Strukturen im Fall des Falles für den entsprechenden Nachschub bzw. die Versorgung sorgen könnten. Darauf gehe das MAGS auch in seinem Bericht ein, auch mit dem Verweis auf die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr dichte Apothekenlandschaft und den dahinter liegenden Großvertrieb.

Alles in allem müsse man schauen, dass man durch marktwirtschaftlich gesteuerte Mechanismen in der Lage sei, auch grenzüberschreitend zu helfen, wenn das gebraucht werde. Man habe das mit Blick auf die Krankenhäuser während Corona in anderer Weise auch gemacht. Es wäre gut, wenn man das auch in solchen Situationen machen könne. Das sollte nicht dazu führen, dass in Nachbarländern weniger unternommen werde, weil man sich darauf verlasse, dass im Fall des Falles die Notreserve jenseits der Grenze liege. Aber dieses Thema müsse man auf allen Ebenen weiter bearbeiten.

Man werde das landespolitisch nicht einseitig lösen können. Beim Katastrophenschutz – darüber habe der Ausschuss eben gesprochen – werde die Zusammenarbeit vertieft. Hier könne man aber nicht in Aussicht stellen, dass man drei Lager habe, die zur Not auch Belgien und die Niederlande mit versorgen würden. Es wäre unredlich, das zu sagen.

4 Wissenstand, Einordnung und Positionierung der Landesregierung zum Industrieplan für den Grünen Deal für das CO₂-neutrale Zeitalter *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/992

Inge Blask (SPD) betont, der Bericht sei sehr allgemein gehalten. Der Green Deal sei ein Riesenprojekt, das man in Europa vorhabe. Er sei eines der herausfordernden Projekte für ganz Europa. Deswegen sei es wichtig, sich intensiv mit den europäischen Regelungen zu beschäftigen, die dort auf den Weg gebracht werden müssten. Sie glaube auch, dass es wichtig sei, dass der Europaausschuss dieses Thema diskutiere.

Sie finde, dass die Entwicklung der unterschiedlichen Bereiche hier diskutiert werden sollte. Viele Unternehmer sagten, jetzt komme ein nationales Gesetz auf sie zu. Aber dieses nationale Gesetz basiere auf einem europäischen Gesetz, das viele Jahre vorher entstanden sei. Jetzt müsse man in Europa tätig werden, wenn man Gesetze verändern oder auf sie Einfluss nehmen wolle, nicht erst dann, wenn die nationale Umsetzung erfolge.

Sie hätte sich schon ein wenig mehr Bewertung seitens der Landesregierung gewünscht. Das Thema Rechtsakte zu kritischen Rohstoffen sei am 14. März entschieden worden, die Reform des Strohmarktes am 16. März, am 9. März seien die Beihilfavorschriften übersetzt worden. Da habe der Minister gesagt, das müsse man erst noch auswerten. Die Stellungnahme zeige auf, dass es keine Verbesserung für Nordrhein-Westfalen mit der Beihilferegelung gebe. Wenn sie sehe, dass ein Unternehmen wie thyssenkrupp Steel die Hochöfen auf grünen Wasserstoff umrüsten müssten, dann bedeute das Investitionen von 7 Milliarden Euro. Das könne ein Unternehmen an der Stelle nicht alleine stemmen.

Da müsse Nordrhein-Westfalen deutlich sagen, dass man eine Veränderung der Beihilferegelungen brauche. Sie würde gerne über die Positionen diskutieren. Der Bericht sei ihr zu wenig. Vielleicht könne der Minister mündlich ausführen, wie die Landesregierung zu den einzelnen Positionen, zu den Rechtsakten, zu den kritischen Rohstoffen oder zur Reform des Strommarktes stehe. Sie würde sich freuen, wenn der Minister dazu noch Ausführungen machen könnte.

Romina Plonsker (CDU) unterstreicht, das Thema müsse im Wirtschaftsausschuss diskutiert werden, was auch intensiv geschehe. Seit mehreren Jahren beschäftige sich der Ausschuss damit, seit der Just Transition Fund ins Leben gerufen worden sei. Das habe sich im EFRE niedergeschlagen. Im Wirtschaftsausschuss sei das Thema sehr präsent und sei da auch an der richtigen Stelle, weil das die wichtigen Themen wie Beihilferecht oder das Rheinische Revier umfasse, was noch keine Notifizierung auf EU-Ebene habe. Die politisch gewollte Transformation könne man nicht umsetzen, indem man Unternehmen konkret fördere.

Sie habe dem Bericht nicht entnommen, dass eine Überarbeitung der Beihilfenvorschriften gut oder schlecht sei. Es werde einfach nur beschrieben. Sie würde zumindest die Bewertung von Frau Blask einschränken und betonen, dass die Verortung im Wirtschaftsausschuss absolut richtig sei.

Inge Blask (SPD) erwidert, dann brauche man gar nicht zu diskutieren. Dann könne man sagen, alle Themen gingen in die Fachausschüsse, dann sei zu fragen, wofür der Europaausschuss da sei. Sie denke schon, dass man das in einem Zusammenhang diskutieren müsse. Das betreffe die gesamte Palette der Veränderungen, die in Europa entwickelt würden. Der Europaausschuss sei doch da, das zu diskutieren. Im Weiteren in der Tiefe werde man es auch in den Fachausschüssen diskutieren. Hier müsse es auch auf die Tagesordnung.

Dr. Günther Bergmann (CDU) meint, es sei ja nicht umsonst so, dass der EFRE am Wirtschaftsausschuss hänge. Im Begleitausschuss, in dem auch die SPD-Fraktion vertreten sei, sei der Green Deal Teil der gesamten Umsetzung im mittelfristigen Finanzrahmen des EFRE von 21 bis 27 enthalten. Die Projekte, die liefen, würden auch den Fraktionen mitgeteilt.

Frau Blask sage, das habe einen Europabezug, deswegen müsse das hier besprochen werden. Den Kausalzusammenhang zum Wirtschaftsministerium gebe es zum einen, da sei auch die SPD vertreten. Zum anderen könne man natürlich zu jedem Thema einen Europabezug herstellen, weil jedes Thema, das irgendwo ansatzweise in Brüssel diskutiert werde oder einen Bezug habe zu Europa, hierhin gehöre. Dann habe man demnächst nicht mehr die Fachbezogenheit der Diskussion, sondern einen ausufernden, 824 Tagesordnungspunkte umfassenden Katalog, den man bearbeiten müsse.

Die Wichtigkeit, die Zentralität dieser Aufgabe bestreite niemand. Das sei Teil der Politik hier im Landtag Nordrhein-Westfalen, klar adressiert nach Zuständigkeiten. Er sei da ganz bei Kollegin Plonsker, dass man hier die Dinge diskutieren sollte, die man beeinflussen könne. Da, wo ursächlich schon andere involviert seien, sollte man auch die anderen arbeiten lassen.

Inge Blask (SPD) schickt voraus, sie sei seit dieser Legislaturperiode Mitglied im Europaausschuss. Vielleicht wäre es wichtig, darüber zu reden, was das Selbstverständnis dieses Ausschusses sei, welche politischen Themen hier diskutiert würden. Sie wolle nicht nur über Städtepartnerschaften reden, sondern auch den politischen Diskurs in diesem Ausschuss haben. Es sei wichtig, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen erfahren würden, wie die Fraktionen über Europa denken würden, was ihre Forderungen, Positionen seien. Sie glaube, dass der Green Deal eines der großen Projekte sei und deswegen einen besonderen Stand und besondere Wertigkeit in diesem Ausschuss haben sollte.

Nicht alle Themen mit Europabezug müssten hier diskutiert werden, aber der Green Deal sei eine besondere Herausforderung, die das Leben der Menschen betreffe. Deswegen habe man hier die Möglichkeit, wie man sie vielleicht auch nicht in aller

Ausführlichkeit im Fachausschuss habe, über europäische Gesetzesentwicklungen zu sprechen. Über die Gesetze werde meistens in den Fachausschüssen erst gesprochen, wenn die nationale Umsetzung komme, nicht vorausschauend. Sie würde sich mehr europäische Diskussionen hier wünschen, um sie auch nach draußen zu tragen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) möchte auf die an die Landesregierung gerichteten Fragen eingehen. Was die Kompetenz der Ausschüsse angehe, so seien das Landtagsinterna, zu denen er sich nicht äußern wolle.

Frau Blask habe gerade selber erwähnt, dass viele Teile dessen, wonach sie gefragt habe, erst im Laufe dieser Woche seitens der Kommission vorgelegt worden seien. Da man versuche, die Fristen für die schriftlichen Berichte einzuhalten, habe er den Bericht am Montag oder Dienstag abgeschickt. Am Dienstag seien noch wichtige Bestandteile gekommen, zu denen man aber trotzdem im Ausschuss etwas sagen könne. Frau Faulenbach aus dem MWIKE sei auch da.

Was die Vorschläge zur Reform des EU-Strommarktes, die am Dienstag gekommen seien, und auch die Rechtsakte „Klimaneutrale Industrie“ und „Kritische Rohstoffe“ angehe, so begrüße die Landesregierung diese in ihrer Grundstoßrichtung. Man sehe viele Dinge, was den besseren Schutz, die flexiblere Teilhabe von Verbrauchern oder die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie oder auch Investitionen in erneuerbare Energien angehe, positiv, was man in Nordrhein-Westfalen nutzen könne.

Alles in allem sei es so, dass die Kommission damit einen Beitrag als Reaktion auf den hier schon öfter diskutierten Inflation Reduction Act leisten wolle. Er verweise auf die Aktivitäten anderer Länder. Die ganze Welt reagiere darauf. Es sei insofern richtig, dass die Kommission unterwegs sei. Ob das alles reiche, daran könne man ein Fragezeichen machen.

Er stimme Frau Blask zu, was die Bedeutung des Green Deals und seine Dimensionen angehe. Vieles davon, was jetzt von der Kommission vorgelegt werde, passe zu dem, was er hier vor ein, zwei Monaten zu den Prioritäten der Landesregierung vorgestellt habe. Wenn er etwa die Vereinfachung des Beihilferahmens nehme, dann seien da jetzt Dinge enthalten, das reiche wahrscheinlich nicht. Er nenne die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, effektivere Nutzung von EU-Mitteln für die grüne Transformation, dass man auch bestehende Mittel stärker dafür nutzen könne, auch die Frage der resilienten Lieferketten – das werde alles adressiert. Ob das reiche, sei noch nicht abschließend zu sagen. Da es sich teilweise um sehr umfangreiche Pakete handle, sei das erst einmal in die Ressorts gegeben worden. Dort werde das jeweils ausgewertet. Er bitte Frau Faulenbach, dazu noch Ausführungen zu machen.

RD'in Eva Faulenbach (MWIKE) kommt auf den Industrieplan für den Grünen Deal zu sprechen, auf den sich die Berichts-anfrage bezogen habe. Der sei in Form einer Mitteilung gehalten, in der die Legislativvorschläge, die überwiegend erst am Vortage gekommen seien, angekündigt worden seien. Insofern sei der Bericht der Landesregierung an der Stelle so allgemein gehalten wie die Mitteilung.

Was die Legislativvorschläge, die Mitteilungen angehe, die überwiegend gestern gekommen seien, sei man in der Tat dabei, sich das genauer anzuschauen. Einige Elemente, die man in dem Net Zero Act sehe, seien in der Mitteilung schon angekündigt worden.

Zu dem Net Zero Act selbst, der nach ihrem Dafürhalten das Kernstück des Industriepans darstelle, der der Kern der Reaktionen auf den Inflation Reduction Act sein solle: Soweit sie das zum jetzigen Zeitpunkt sagen könne, seien da sehr interessante Ansätze enthalten, beispielsweise, was die Nutzung von Reallaboren angehe, was die beschleunigten oder erleichterten Genehmigungsverfahren angehe. Man müsse nun schauen, wie das alles im Detail aussehe und was möglicherweise ausreichend sei oder noch verbessert werden könne im Sinne Nordrhein-Westfalens.

Das Beihilferecht sei schon länger im Vergleich zu den anderen Vorschlägen da. Da sei es so, dass das – der Minister habe es gesagt –, was die Europäische Kommission vorgelegt habe, hinter den Vorstellungen zurückbleibe. Das sei nichts, was durch das Legislativverfahren gehen werde. Insofern stehe das so fest. Das MWIKE habe sich bei der Kommission dafür eingesetzt, dass es weitergehend sein sollte. Das habe nicht funktioniert. Es gebe ein paar Erleichterungen, mit denen man arbeiten könne wie beispielsweise eine Matching Clause, dass man in etwa gleiche Förderungen vornehmen könne, wie das in anderen Wirtschaftsräumen der Fall sei. An vielen Stellen bleibe das aber hinter dem zurück, wofür sich die Landesregierung eingesetzt habe.

Jetzt handele es sich um den Beginn des Legislativprozesses. Man schaue sich an, was vorgelegt worden sei, und werde im weiteren Verfahren über die Kanäle die Hauptanliegen aus nordrhein-westfälischer Sicht in den Prozess einbringen mit der Intention, dass an den Stellen, die wichtig seien, möglicherweise noch Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen würden.

5 Was tut die Landesregierung für die automatische gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen, Abschlüssen der Sekundarstufe II und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/996

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht, der die Realität widerspiegele. Aus seiner Sicht reiche aber die Realität nicht aus, wenn man sich mit dem Thema „Fachkräfte“, der „Zukunft von Fachkräften“ in Deutschland beschäftige. Er stelle fest, dass es alle Instrumente gebe, um etwas anzuerkennen. Aber das Anerkennen eines Bildungsabschlusses in Maastricht nütze nichts, wenn die Person, die sich bei der Bezirksregierung bewerbe, das Problem habe, dass man dort sage, das sei in englischer Sprache verfasst und man wisse nicht, wie man das bewerten solle. Das sei Realität im Alltag. Deshalb sollte man sich jenseits der normalen Verfahren Gedanken machen, wie man die Praktikabilität anders bewerte.

Der zweite Punkt sei die große Zahl der Anerkennungsverfahren im akademischen Bereich jenseits der Europäischen Union. Da liege das große Problem, wie man die Abschlüsse von Universitäten anerkenne, die nicht im Rahmen der Europäischen Union erfolgten, wie man sicherstelle, dass es da nicht zu Einzelfallprüfungen auf jeder Ebene komme, sondern dass die Universitätsabschlüsse von Universitäten, die gleichwertige Qualifikationsmerkmale im Sinne der OECD hätten, anerkannt würden. Das, was da zusätzlich an Bürokratie und Aufwand notwendig sei, das seien keine Hürden, das seien schon Berge, die man da übersteigen solle.

Der Bericht gebe alles völlig richtig wieder. Aus seiner Sicht reiche er aber nicht aus, um die Frage des Zugangs von akademischen Fachkräften nach Europa, nach Deutschland, nach Nordrhein-Westfalen in der Praxis zu erleichtern. Er glaube, dass da einiges geschehen müsse. Das sei nicht nur eine Frage Nordrhein-Westfalens. Da hätten auch andere Ebenen zu entscheiden. An der Stelle sollte man die Thematik noch einmal aufnehmen.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) gibt Herrn Neumann recht. Der Bericht stelle die Situation so dar, wie sie sei. Mit dem Bericht habe man noch keine weitergehenden Lösungen präsentieren können. Er wolle aber sagen, dass es zu diesem Thema innerhalb der Landesregierung ein verschärftes Problembewusstsein gebe und dringender Handlungsbedarf gesehen werde.

Im Mai werde es durch Veranlassung der schwedischen Ratspräsidentschaft hoffentlich einen Fortschritt bei der Anerkennung gegenseitig innerhalb Europas geben. Das wäre ein Schritt, um den Fall voranzubringen, den Herr Neumann gerade beispielhaft erwähnt habe – Stichwort Maastricht. Was man am wenigsten verstehen könne, sei, dass man selbst innerhalb Europas nicht zu mehr Automatisierung bei der gegenseitigen Anerkennung komme. Dann habe man immer noch nicht das Thema „Anerkennung

von Bildungsabschlüssen jenseits der europäischen Grenzen“ gelöst, was bei vielen Mangelberufen großes Thema sei. Das treibe auch die Landesregierung stark um. Im Rahmen der Fachkräfteoffensive, die interministeriell abgestimmt werde, stehe neben Ausbildungskapazitäten das Thema „Fachkräfte, Zuwanderung, Einwanderung“ im Vordergrund. Der Schlüssel sei da das Thema „Anerkennung“. Das betreffe handwerkliche Berufe bis hinauf zum Chefarzt. Man müsse da insgesamt in Deutschland weiterkommen. Wenn man die Regularien so belasse, wie sie seien, dann überziehe man die Behörden, die damit befasst seien. Man könne die Verantwortung nicht auf die Behörden auslagern.

Er könne allerdings verstehen, dass jemand, der in der Genehmigungsbehörde, der Bezirksregierung, in der Anerkennungsbehörde arbeite, persönlich nicht die Verantwortung übernehmen wolle, wenn ein Pfleger nachher einen falschen Handgriff mache oder ein Arzt einen falschen Eingriff durchführe – oder sei es der Handwerker am Bau an zentraler Stelle. Insofern müsse man politisch die Verantwortung übernehmen. Das werde nur ebenen-übergreifend gehen. An der Stelle werde sich auch zeigen, wie ernst das Thema „Fachkräftemangel“ von der Politik wirklich genommen werde. Das sei der Lackmestest. Deswegen wolle er das auch offen und fern der üblichen Rollenzuteilungen beantworten.

Man habe dieses Bewusstsein, innerhalb der Koalition sei das Thema „Fachkräfteoffensive“ bei den Verhandlungen letzten Sommer Thema gewesen. Er habe sich damit auch in dem Ressort, für das er zuständig sei, Stichwort „Medien“ befasst. Das betreffe alle vom Tontechniker über den Produktionsleiter bis hin zum Drehbuchautor. Man werde am Ende dieser Legislaturperiode feststellen, auch wenn zu Beginn der Periode die Themen „Krieg“ und „Energie“ im Vordergrund gestanden hätten, dass das Thema „Fachkräfte“ zu denen gehören werde, die dann immer noch groß seien, die aber die ganzen fünf Jahre hindurch von zentraler Bedeutung gewesen seien. Das sei eine Bestätigung dafür. Das MKW, das die Fragen beantwortet habe, wisse auch um dieses Thema. Die seien sehr engagiert in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe, gemeinsam mit dem MAGS. Die Staatskanzlei begleite das sehr eng. Man müsse überlegen, was das Land im Rahmen der Kompetenzen und Zuständigkeiten dazu beitragen könne.

6 Wie schätzt die Landesregierung die Folgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung für nordrhein-westfälische Unternehmen ein? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/979

Sonja Bongers (SPD) bedankt sich für den Bericht. Auf Seite 4 des Berichtes werde beschrieben, dass die KMUs von den Anforderungen besonders betroffen seien, weil diese Unternehmen in der Regel nicht so gut ausgerüstet seien in Bezug auf Fachexpertise, was das Nachhaltigkeitsmanagement unter Umständen betreffe. Sie frage, ob die Landesregierung mit Blick auf das Inkrafttreten ab 2026 für die kleineren Unternehmen irgendeine Art von Hilfestellung, Beratungsangebote plane.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) gibt an, man sei dabei, die Nachhaltigkeitsstrategie zu aktualisieren. Das sei auch notwendig. Ob das mit speziellen Angeboten für KMU verbunden sei, das entziehe sich seiner Kenntnis.

RB'e Alexandra Spiegel (MWIKE) führt aus, die Daten, die von den KMU zusammengestellt werden müssten, seien umfangreich und nicht nur für die CSRD notwendig. Wenn KMU zukünftig neue Investitionen tätigen müssten, komme die Taxonomieverordnung ins Spiel. Das Lieferkettengesetz, das in Deutschland jetzt in Kraft getreten sei, werde vermutlich in strengerer Form noch von der EU kommen, sodass man jetzt gucke, wie man damit umgehe. Es gebe viele Verbände, die bereits Informationen dazu anböten wie Unternehmerverband, IHKs, Handwerkskammern. Es sollte keine doppelten Angebote geben. Man wolle nicht das x-te Kompetenzzentrum zu dem Thema schaffen, aber sicherstellen, dass NRW-weit Unternehmen Unterstützung bekommen könnten. Das werde gerade geprüft.

7 Wie bewertet die Landesregierung das Neue Europäische Bauhaus für NRW?
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/988

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht. Sie frage die Landesregierung, ob sie sagen könne, wie hoch die Gelder seien, die Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Europäischen Bauhauses erhalten werde, über welche finanziellen Töpfe, über welche EU-Programme die Gelder ausgegeben würden.

Bei der zweiten Frage gehe es um das Thema „Effizienzvorgaben“. Die würden erhebliche Investitionen bei den Privatverbrauchern, aber auch bei gemeinnützigen Institutionen notwendig machen. Da interessiere sie, wie Nordrhein-Westfalen sicherstellen könne, dass diejenigen, die wenig Ressourcen hätten, dazu auch in der Lage sein würden.

MR'in Birgit Elsing (MHKBD) legt dar, die Höhe der Mittel in NRW für das Neue Europäische Bauhaus könne sie so nicht mitteilen. Es gebe den Wettbewerb auf der EU-Ebene. Der sei etatisiert mit 85 Millionen Euro. Der richte sich an 27 europäische Länder. Jedes dieser Länder könne an diesem Wettbewerb teilnehmen. Im letzten Jahr habe es in Deutschland ein Projekt geschafft, ausgezeichnet zu werden.

Unabhängig davon – das habe Frau Ministerin Scharrenbach in dem Bericht deutlich gemacht – habe das Land die europäische Initiative des Neuen Europäischen Bauhauses zum Anlass genommen, selber in unterschiedlichen Bereichen aktiv zu werden. Sie verweise auf das Projekt „Prima. Klima. Wohnen.“, in dem Unterstützungsinstrumente speziell für Kommunen, kommunale Akteure, für Planerinnen und Planer, aber auch für Architektinnen und Architekten zur Verfügung gestellt würden, um das Thema der Transformation stärker zu verorten und auch Handreichungen anzubieten, wie man zum Beispiel im Bereich der energetischen Bauweise aktiv werden könne, wie man private Eigentümerinnen und Eigentümer ansprechen könne. Da habe man ein relativ großes Gap auch in Nordrhein-Westfalen.

Dann gebe es einen Landeswettbewerb „Zukunft.Stadtraum“, der sich speziell an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen richte, bei dem auch das Thema „Neues Europäisches Bauhaus“ mit verortet werde. Hier wolle man Antworten geben auf den Umgang mit Hitzeinseln, mit Starkregenereignissen, all das, was Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren sehr stark beschäftigt habe. Last, but not least verweise sie auf das Stadtentwicklungsprogramm für das Rheinische Revier, das sich explizit auf den Weg machen wolle mit den Kommunen gemeinsam. Da gehe es um eine neue Art des Bauens, ob das Neubau, Bestandsbauten seien, alles, was das Thema Zukunftsfähigkeit einer Industrieregion angehe. Das werde mit 700 Millionen Euro aus Mitteln des Strukturstärkungsprogramms des Bundes gespeist.

8 Corona: Wie erfolgreich war das grenzübergreifende Krisenmanagement?
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/990

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht. Ausgangspunkt der Frage sei eine Erarbeitung von ITEM der Uni Maastricht in Bezug auf Corona gewesen. Die Antwort laute, dass im Katastrophenschutz grenzüberschreitend noch viel mehr gemacht werden müsste. Das Ergebnis habe man heute auch beim Besuch der Gäste gehört, wobei man seit der letzten Legislaturperiode wisse, dass die Zusammenarbeit mit Belgien immer etwas schwieriger sei als mit den Niederlanden. Das hänge mit den unterschiedlichen Kompetenzen zusammen. Das sei eben in dem Gespräch unter TOP 1 bestätigt worden. In Belgien sei der Katastrophenschutz föderale Sache, gehöre mehr oder weniger dem Bund an. In den Niederlanden und Deutschland sei das anders geregelt und deswegen auch einfacher.

In dem Bericht werde auf das Grundlagenpapier Grenzenlose Sicherheit N4 hingewiesen. Da heiße es unter Punkt 8:

Folgende Themen könnten in die Mehrjahresplanung aufgenommen werden. Dazu gehörten Risikobestandsaufnahmen und Analyse, grenzüberschreitende Risikoprofile und grenzüberschreitende Krisenpläne, Katastrophenschutzpläne. Dann kämen vier weitere Punkte. N4 habe sich das erste Mal 2021 zusammengesetzt. Es habe eine Auftaktveranstaltung gegeben. Er frage, ob es mittlerweile aus N4 einen Mehrjahresplan gebe, so wie er in dem Grundlagenpapier vorgesehen sei. Das ergebe sich nicht aus dem Bericht. Da werde zwar darauf verwiesen. Es ergebe sich daraus nicht, wie weit sie seien, ob im letzten Jahr überhaupt etwas passiert sei oder ob das wegen Corona nicht der Fall gewesen sei.

Josef Neumann (SPD) meint, dass es in einem Europa ohne Grenzen schon erstaunlich sei, dass man bei bestimmten Themen über grenzüberschreitende Punkte diskutieren müsse. Eigentlich müsste es in einem Europa ohne Grenzen selbstverständlich sein, dass man jenseits der oder jener Grenze für alle Fragen des Alltags und Lebens zusammenarbeite. Der Bericht zeige sehr deutlich, dass man in Europa anscheinend von diesem Punkt noch weit entfernt sei.

Der Berichtswunsch beziehe sich auf das Thema „Corona“. Es gebe viele andere Fragen, mit denen man sich beschäftigen könnte, etwa mit der Problematik der Wohnsituation. Man habe die Problematik der Wohnsituation jenseits des Rheins für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter diskutiert. Die Erfahrungen, die man bei Corona gemacht habe, zeigten, dass das Europa ohne Grenzen bis zu den Außengrenzen gelte, wenn man die europäische Grenze als Bürger überschreiten wolle. Im Alltagsleben scheine man an vielen Punkten noch nicht weitergekommen zu sein. Da seien die Fragen der medizinischen Versorgung, des Arbeitsrechts, des Katastrophenschutzes, Thema „Medikamente“ nur ein Ansatz. Er glaube, das sei eine Aufforderung, dass man in der

Konkretisierung des Lebensalltags an allen Grenzbereichen die Frage Europa als einem ganz normalen Umgang gestalten müsse für das Leben von Menschen, von Unternehmen, von Institutionen. Ansonsten werde Europa nur noch so erlebt, dass man da ohne Pass, ohne Ausweis über die Grenze fahren könne. Das sei zu wenig, um Europa erfahrbar zu machen.

Dr. Günther Bergmann (CDU) betont, Kollege Neumann umschreibe das Problem. Das mache aber eine Lösung nicht leichter. Kollege Pfeil mache ganz andere Erfahrungen mit den Belgiern als er mit den Niederländern. Das sei ein Riesenunterschied. Die Rechtsunterschiede auf beiden Seiten müsse man bedenken, sowohl in Richtung Belgien als auch in Richtung Niederlande. Es gebe viele Dinge, die man anpacken könne.

Es gebe aber auch rechtliche Vorgaben – das sei in den Ausführungen zu den Leiharbeiten herausgekommen –, dass in den Niederlanden nicht mehr als 25 % des Lohnes für Kost, Logis und Unterbringung von Leiharbeitern einbehalten werden dürften. Das sei eine Regelung, die man auf deutscher Seite rechtlich nicht spiegeln könne. Dementsprechend habe man keine Einflussmöglichkeiten. Wenn die Menschen hier untergebracht würden, komme das Ordnungsamt, Brandschutz, Hotellerie. Das seien merkwürdige Ansatzpunkte, die man suche, um der Thematik Herr zu werden. Wenn man mit solchen Themen, dem Rechtskonstrukt Niederlande, Belgien und dem hiesigen, arbeiten müsse, dann sei das schwierig, völlig richtig.

Aber man sollte nicht alles nur negativ darstellen. Man müsse die Punkte, die angegangen werden müssten, formulieren und dezidiert anpacken. Aber viele Dinge habe man auch schon erreicht. Auch da unterscheide sich Belgien von den Niederlanden mit Blick auf Nordrhein-Westfalen. Es gebe in vielen Dingen Kooperationen, die über die Grenze hinweggingen, egal, welche Rechtsgrundlagen da seien. Man habe Möglichkeiten geschaffen im Bereich Rettung, Sanitäter, Polizei, GPTs. Man habe Dinge angepackt, die schon möglich seien, dass man sich etwa nicht nur darauf beziehe, dass ein deutsches Polizeiauto 10 km in die Niederlande reinfahren und ein holländisches hier 10 km reinfahren könne, sondern man gewährleiste über diese Konstruktion, dass man rein theoretisch mit einem deutschen Polizeiauto bis Rotterdam fahren könne – ob das clever sei, wisse er nicht –, rein theoretisch sei es möglich, solange ein niederländischer Beamter drin sitze, und umgekehrt könne auch ein niederländisches Auto bis Berlin eine Verfolgungsjagd machen, solange ein deutscher Beamter mit drin sitze.

Viele Dinge seien schon angepackt worden. Er glaube, es werde nicht anders gehen, als dass man das länderspezifisch betrachte. Man werde es nicht hinbekommen, eine Allgemeingültigkeit aus nordrhein-westfälischer Sicht gegenüber Benelux anzuwenden, weil es diese Allgemeingültigkeit nicht geben werde. Die Benelux-Länder arbeiteten seit langer Zeit zusammen. Mit Blick auf Deutschland gebe es noch viele unterschiedliche Rechtsbereiche. Deswegen müsse man immer länderspezifisch gucken. Man habe Glück, dass man das nur mit zwei Ländern tun müsse, mit Belgien und Holland. Das müsse man schon anpacken. An der Grenze sei es sehr wichtig, weil viele Bereiche sich danach entschieden, ob man sich gerade 1 km weiter westlich oder

1 km weiter östlich im täglichen Leben befinde. Das mache bei ihm viel aus, das sei viel wichtiger als für jemanden vielleicht aus Höxter oder Herford, ohne den beiden Städten zu nahe treten zu wollen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) stimmt Dr. Bergmann zu. Auf der einen Seite habe man in den letzten Jahren tatsächlich einiges erreicht. Durch Corona und die Flut habe man aber auch erfahren, wo die Probleme seien. Zwischen den Niederlanden, Belgien und Deutschland existierten massive Unterschiede. Im polizeilichen Bereich sei man viel weiter. Das hänge auch damit zusammen, es gebe den polizeilichen europäischen Kodex, an dem im Moment gearbeitet werde. Da werde vieles von dem übernommen, was man in den Regionen erarbeitet habe.

Das Gegenteil sei im Katastrophenschutz der Fall. Da sei es gerade nicht so, dass man auf viele gute Erfahrungen in den Grenzregionen mit Belgien zurückgreifen könne, anders mit den Niederländern. Der Berichtswunsch sei deswegen gekommen, weil ITEM kritisch gesehen habe, was im Rahmen der Coronakrise als Lösung vorhanden gewesen sei. Die Berichts-anfrage sei nicht am Ende der Coronakrise entstanden. Er verweise auf EMRIC und die Cross-Border-Taskforce, die in der letzten Legislaturperiode gute Arbeit im kleinen Grenzverkehr geleistet habe. Das habe alles funktioniert, auch mit Belgien.

Bei Belgien sei der freie Personenverkehr kaum eingeschränkt gewesen in der zweiten Welle. In der ersten sei es anders gewesen. Daran müsse man arbeiten. Der Bericht sage ja zu Recht, es gehe nicht um die Pandemie, sondern es könne im nächsten Fall um ganz andere Katastrophenfälle gehen. Das, was man als Erfahrung gemacht habe, müsse man nutzbar machen für die Zukunft. Es reiche nicht zu sagen, man habe die Pandemie gehabt, jetzt beschäftige man sich mit dem Thema nicht mehr. Der nächste Fall, seien es Tierseuchen, seien es Stromausfälle, sei es ein Cyberangriff, der grenzüberschreitende Auswirkungen habe, könne kommen. Darauf müsse man vorbereitet sein. Das sei man seiner Meinung nach derzeit nicht. Das hänge auch mit einem innenpolitischen Thema hier zusammen. Anders als bei Feuerwehren, Brandschutz gebe es Schutzziele. Im Katastrophenschutz habe man noch nicht einmal nationale Schutzziele. Jetzt müsse man diese definieren, europäisch oder grenzüberschreitend. Genau da hänge das Problem.

Er bitte noch die Frage bezüglich Punkt 8 der Grundsatzentscheidung zu beantworten.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) hält fest, N4 sei noch nicht fertig aufgebaut. Das sei schade, das sei der Sachstand. Die Notwendigkeit sehe man und treibe das seitens der Landesregierung weiter voran.

Inwieweit man nun aus Corona für den Bereich Katastrophenschutz grenzüberschreitend lernen könne, da sei er ganz bei Dr. Pfeil. Man könne einiges daraus lernen, und zwar sowohl für Nordrhein-Westfalen als auch in der Ausgestaltung auf Bundes- und Europaebene, wobei man immer darauf achte, dass mit dem Thema „kleiner Grenzverkehr“ besondere Herausforderungen, besondere Fragestellungen verbunden seien. In der Pandemie habe man die Erfahrung gemacht, dass es auf anderen Ebenen nur bedingt dafür ein Verständnis gebe. Man poche als Nordrhein-Westfalen darauf, dass

das als eigene Kategorie gesehen werde. Später sei es um Isolierung oder Nichtisolierung gegangen, die Einreisebedingungen. NRW habe immer dafür gesorgt, dass der kleine Grenzverkehr eine eigene Kategorie sei. Das sei ein mühsames Geschäft gewesen.

Er wolle 5 Punkte aufzählen, die aus Sicht der Landesregierung mit Blick auf die Schutzmaßnahmen in der Grenzregion wichtig seien. Das eine sei die Vernetzung. Man müsse die Akteure schnell zusammenbringen. Am Besten wäre es, wenn sie schon in einem ständigen Austausch seien.

Die zweite Lehre aus dieser Zeit: gemeinsames Monitoring, gemeinsame Informationen und frühzeitiger Austausch über entstehende Hindernisse. Das klinge erst einmal banal, aber das müsse man praktizieren. Das dritte seien die Daten, sich auf gemeinsame Daten festzulegen. Am Anfang in der Pandemie habe Deutschland die Inzidenz anders berechnet als die Belgier und die Niederländer. Dann habe man keine Vergleichbarkeit, die Daten lägen zu unterschiedlichen Zeitpunkten vor. Das sei dann sehr schwierig. Der vierte Punkt sei die Aufrechterhaltung des kleinen Grenzverkehrs. Das sollte immer im grenzüberschreitenden Management eine feste Größe sein. Der fünfte Punkt sei die klare Kommunikation. Die Punkte würden miteinander zusammenhängen. Wenn man keine gemeinsame Datenlage habe, dann werde die gemeinsame Kommunikation auch schwierig. Das sei das, was man aus der Erfahrung lernen könne.

Wenn etwas ähnliches käme, dann wären das Dinge, die man nicht erst gemeinsam entwickle, sondern die man von vornherein als Voraussetzungen einziehe. Das Thema „Katastrophenschutzmanagement“ werde genutzt, um über die bestehenden Formate über die Grenzlandkonferenzen die regionalen Krisenmanager zusammenzubringen. Da könne man auch nicht genug üben. Er habe jetzt in einem völlig anderen Zusammenhang erlebt mit Blick auf die Hilfe, die man für die Türkei und Syrien bereitgestellt habe, dass die THW-Leute sagen würden, wenn man solche Szenarien geübt habe, mache das einen großen Unterschied. Viele Leute des THW seien kurz vorher in Portugal gewesen und hätten die Reaktion auf ein solches Erdbeben mit 80 Leuten eingeübt. Sie seien ganz anders einsatzbereit gewesen in der Region als diejenigen, die zum ersten Mal in ein solches Szenario hineingingen. Man müsse solche Dinge miteinander einüben. Das sei auch Tenor auf der gerade stattfindenden Konferenz der Trilateralen in Asten in den Niederlanden.

Man beziehe dabei auch die Euregios mit ein. Im Dezember habe es einen Austausch gegeben. Katastrophenschutz und Krisenmanagement seien das große Thema gewesen. Man werde es auch zu einem Teil des Austausches machen, den Herr Speich am Montag noch einmal mit den Akteuren der Cross-Border-Taskforce führen werde. In der Veranstaltung werde noch einmal auf die drei Jahre zurückgeschaut, um gemeinsam mit den Belgiern und den Niederländern Schlussfolgerungen zu ziehen. Es bringe nichts, wenn man das schlaue in der Staatskanzlei oder für sich alleine im Ausschuss erörtere, sondern es sollten im besten Fall gemeinsame Schlussfolgerungen sein, um sie in der Zukunft entsprechend anwenden zu können.

Man sehe, das Thema „Schlussfolgerungen aus der Pandemie für die grenzüberschreitende Katastrophenschutz- und Krisenmanagementarbeit“ sei noch nicht abgeschlossen.

Man habe da aber einen Erfolg realisieren können. Den müsse man jetzt fruchtbar machen für andere Szenarien, damit man in gleicher Weise dazu beitragen könne, dass grenzüberschreitend geholfen werde und nicht die Grenze auf einmal zum Gegenstand von scheinbaren Problemen werde.

Dr. Günther Bergmann (CDU) gibt die Anregung, vielleicht könne man über die Euregios die berühmten Best-Practice-Beispiele abfragen, dass man die Arbeit vor Ort herausstelle. Ein Beispiel: Wenn es am Flughafen in Weeze ein großes Feuerwehrzentrum für Übungsfälle gebe, bei dem regelmäßig niederländische Kollegen mit dabei seien und die brandweer und die Feuerwehren zusammen die Technik ausprobieren würden und merken würden, wie das in der Praxis wäre – die Ziehschläuche passten nicht auf das niederländische System, jetzt habe man die Muffen und könne damit arbeiten –, dann werde deutlich, dass man bei solcher Arbeit nicht jedes Mal das Rad neu erfinden müsse, sondern dass man aus den Euregios die Beispiele einmal abrufen sollte. Sie hätten die Listen. Sie hätten die Möglichkeit, diese Standorte, die zur Übung genutzt werden könnten, zu benennen. Dann könnten auch andere dahinfahren. Dann hätte man einen Schritt, der notwendig sei, schon einmal getan.

9 Austausch der Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen in NRW mit der Staatskanzlei *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/991

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den Bericht der Landesregierung. Sie stelle fest, es habe länger nichts stattgefunden. Sie würde sich freuen, wenn das wieder aufgenommen werde. In den Gesprächen, die sie mit Europabeauftragten geführt habe, sei der Wunsch aufgetreten, ob man in diesen Runden nicht stärker über Strategien spreche, um bestimmte Projekte in den Kommunen zu bekommen, ob man gemeinsam beraten könne, es nicht nur beim Austausch bleibe, sondern auch eine Strategieplanung in diesen Runden vorgenommen werde. Ansonsten würde sie sich freuen, wenn es wieder klappe. Man hätte es in den letzten Jahren auch digital machen können. Sie hoffe, dass das jetzt regelmäßig in Präsenz wieder stattfindet, auch gezielt geplant mit Strategien.

Berivan Aymaz (GRÜNE) freut sich, aus dem Bericht herauslesen zu können, dass es der Landesregierung wichtig sei, die Vernetzung aktiv zu fördern. In der Vergangenheit habe es nicht so viel gegeben. Deswegen sei es wichtig, dass im Ausschuss im Nachgang des Termins am 19. April kurz darüber berichtet werde, welche Themen im Fokus gewesen seien, wie sich das gestaltet habe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) schickt voraus, er könne die Nachfrage sehr gut nachvollziehen, weil man das Treffen mit den Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten nicht durchgeführt habe. Dass das der Landesregierung formal am Herzen liege, könne man dem Bericht entnehmen. Am 19. April finde das Treffen statt, bei dem er die Kolleginnen und Kollegen persönlich in Präsenz in der Staatskanzlei begrüßen werde. Man werde sich thematisch mit dem Schwerpunkt „Ukraine“ befassen, weil das viele umtreibe und es auch vieles im Angebot gebe, was man vermitteln wolle, damit die Möglichkeiten genutzt würden.

Er stimme Frau Blask zu, dass das eine wichtige Säule der Europaarbeit sei, was häufig davon abhängt, wie stark die Europaarbeit in der Kommune sei, wie sehr die Beauftragten selber das mit Leidenschaft füllen würden, aber sich auch verbunden wüssten zu dem, was das Land anbiete oder auch der Bund, wo das Land vermittele. Insofern seien das wichtige Akteure der Europaarbeit. Der 19. April solle der Durchstart sein, um es dann wieder in der gewohnten Frequenz bzw. in noch höherer Frequenz durchzuführen, weil die Herausforderungen eher mehr als weniger würden.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, im Nachgang des Treffens werde dem Ausschuss wieder berichtet. Das habe Minister Liminski zugesagt.

10 Verschiedenes

a) **Beschluss zur Informationsfahrt des Ausschusses am 6. und 7. September 2023 nach Brüssel**

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, vom 6. bis 7. September 2023 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen.

b) **Sitzungstermine 2023**

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist darauf hin, dass der Sitzungstermin am 8. September 2023 in Düsseldorf entfalle, weil ja die Sitzung in Brüssel stattfinde. Der Bedarfstermin am 26. September werde zu einem festen Sitzungstermin. In der zweiten Jahreshälfte gebe es die Spanische EU-Ratspräsidentschaft. Der Botschafter werde dann kommen.

Der 8. Dezember 2023 werde zu einem neuen Sitzungstermin, weil sich das Plenum verschoben habe.

Der Ausschuss beschließt den Sitzungsplan für das Jahr 2023.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, über die Mai- und Junitermine werde gleich in der Obleuterunde noch gesprochen.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

4 Anlagen

13.04.2023/19.04.2023

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Dr. Werner Pfeil MdL
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und
Internationales

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22. Februar 2023

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. März 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. März 2023
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Medikamentenkrise in Belgien: Kann Nordrhein-Westfalen mit Medizin aushelfen?

Laut aktuellen Presseberichten sieht sich Belgien derzeit mit einem ernsten
Medikamentenmangel konfrontiert. Demnach seien im letzten Monat rund 360
Medikament nicht verfügbar gewesen. Zusammen mit den Angaben der belgischen
Arzneimittelagentur FAMPH sollen sogar rund 1.200 Medikament nicht verfügbar
sein. (Euroactiv: Medikamentenmangel in Belgien drastischer als erwartet, vom
22. Februar 2023).

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt
Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

Sieht die BENELUX-Strategie der Landesregierung eine Unterstützung
und/oder Zusammenarbeit im Fall einer Medikamentenkrise vor?

Hat die Landesregierung unseren belgischen Partnern Unterstützung
angeboten?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.de

www.wpfeil.de
facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

2. März 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 17. März 2023:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 17. März 2023:

**1. Wissensstand, Einordnung und Positionierung der Landesregierung
zum Industrieplan für den Grünen Deal für das CO2-neutrale
Zeitalter**

Die Europäische Kommission hat Anfang Februar ihren Industrieplan für den
Grünen Deal für das CO2-neutrale Zeitalter vorgelegt. Im März sollen erste
konkrete Vorschläge der Kommission für Teile des Plans vorgeschlagen
werden, wie etwa das Europäische Gesetz über kritische Rohstoffe oder die
Reform des Strommarktdesigns.

- Was ist der aktuelle Wissensstand der Landesregierung zur konkreten
Ausgestaltung des Industrieplans und zu den einzelnen zu erwartenden
Initiativen (bzw. bitte mündlich in und/oder schriftlich nach der Sitzung
des Ausschusses am 17. März entsprechend der verfügbaren
Informationen aktualisieren).
- Wie bewertet die Landesregierung die Pläne für NRW? Mit welchen
Auswirkungen rechnet und wie bewertet sie sie?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Was kann die Landesregierung tun, um den Plan bestmöglich für die Menschen und die Wirtschaft in NRW zu nutzen und was davon plant sie zu tun?
2. **Was tut die Landesregierung für die automatische gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen, Abschlüssen der Sekundarstufe II und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland?**

Im Februar hat die Europäische Kommission einen Bericht zu den Fortschritten der Mitgliedstaaten der EU bei der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen, Abschlüssen der Sekundarstufe II und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland vorgelegt. Obwohl Fortschritte erkennbar seien, wären verstärkte Anstrengungen erforderlich, um die Empfehlung des Rates bis 2025 vollständig umzusetzen – so das Resümée.

- Wie kann die Landesregierung dazu beitragen, dass NRW in den Bereichen (1) Überwachung und Bewertung, (2) automatische Anerkennung von Lernzeiten im Ausland im Bereich der Hochschulbildung und (3) automatische Anerkennung von Lernzeiten im Ausland im Bereich Sekundarstufe II besser wird?
3. **Wie schätzt die Landesregierung die Folgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung für nordrhein-westfälische Unternehmen ein?**

Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung wurde im November 2022 durch das EU-Parlament angenommen. Nun hat es die neuen Berichterstattungsregeln für große Kapitalmarktgesellschaften und denen über § 264a HGB gleichgestellten Personenhandelsgesellschaften verabschiedet.

- Welche Chancen und Herausforderungen sieht die Landesregierung durch die Richtlinie für nordrhein-westfälische Unternehmen?



4. Wie bewertet die Landesregierung das Neue Europäische Bauhaus für NRW?

Teil des Europäischen Grünen Deals der Europäischen Kommission ist das Neue Europäische Bauhaus (NEB). Fünf Leuchtturmprojekte sollen gefördert werden, die dazu beitragen, nachhaltigere und integrativere Räume in der EU zu schaffen. Ziel der EU-Kommission ist es außerdem, die Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse des „grünen Wandels“ mit einzubeziehen sowie auf kommunaler Ebene für mehr Beteiligung zu sorgen – auch bestenfalls um ein Umdenken innerhalb der Gesellschaft herbeizuführen.

- Wie bewertet die Landesregierung das NEB für NRW? Wie möchte sie sich strategisch aufstellen, um das NEB dafür zu nutzen, die Sanierung von Gebäuden, den Ausbau intelligenter Städte, die Stadterneuerung oder die Kreislaufwirtschaft weiter voranzutreiben?

Wir bitten die Landesregierung jeweils um schriftliche Berichte sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Dr. Werner Pfeil MdL
Vorsitzender des Rechtsaus-
schusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Europa und Inter-
nationales

Ausschuss für Europa und Internationales
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

6. März 2023

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. März 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. März 2023
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zu nachstehendem Thema:

„Corona: Wie erfolgreich war das grenzübergreifende Krisenmanagement?“

Das Forschungsinstitut ITEM der Universität Maastricht befasst sich mit grenzübergreifenden Fragen mit einem Fokus auf die Euregio. In einem aktuellen Dossier hat ITEM das grenzübergreifende Corona-Krisenmanagement untersucht. Dabei evaluierten die Forscher insbesondere die Rolle des EMRIC-Netzwerkes, dem transnational operierenden Behördenetz zur Einsatz- und Krisen-Bewältigung in der Euregio, sowie der Corona-Taskforce von NRW, Belgien und den Niederlanden.¹

Die Forscher fassen eines ihrer zentralen Ergebnisse so zusammen:

„Euregionale Akteure wie das EMRIC-Netzwerk wurden vor allem aufgrund fehlender Protokolle und detaillierter Vereinbarungen für eine Pandemiekrise nicht für eine Krise dieses Ausmaßes [die Covid-Pandemie] und für diese Dauer aufgestellt. Eine wichtige Aufgabe nach Überwindung der Krise wird es daher sein, grenzüberschreitende Protokolle und Vereinbarungen für Pandemien in der

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4410

werner.pfeil@landtag.nrw.de

www.wpfeil.de
facebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

¹ „Dossier 3: Die Auswirkungen des nationalen Corona-Krisenmanagements auf das grenzüberschreitende Krisenmanagement in der Euregio Maas-Rhein (Folgestudie)“ herausgegeben von Martin Unfried, Bert-Jan Buiskool, Dr. Jaap van Lakerveld und Pim Mertens; als englisches Dokument hier: <https://itemcross-borderportal.maastrichtuniversity.nl/link/id/ZVS4paZ4yPJEaAK2>



@FDPFraktionNRW



/FDPFraktionNRW



fdpfr_nrw



FDPFraktionNRW

Euregio zu entwickeln und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Akteure im Gesundheitswesen zu gestalten. Nur so kann auch in Zukunft trotz nationalem Krisenmanagement Flexibilität für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gewährleistet werden. Dies wird nur mit der vollen Unterstützung der nationalen und regionalen Regierungen möglich sein.“

Davon leiten die Forscher acht Schlussfolgerungen ab:

1. *„Die aktive Rolle des Krisenmanagements wurde von den nationalen Behörden übernommen und überlagerte die Rolle der euregionalen Akteure.*
2. *Auch in der zweiten und dritten Welle trug die gemeinsame Taskforce NRW/NL/BE nicht zur gemeinsamen Entscheidungsfindung und Koordinierung von Maßnahmen bei, sondern diente lediglich der Information/Beratung. EMRIC/EMR lieferte Input für die Taskforce, aber es gab keine direkte vertikale politische Koordination zwischen den regionalen Krisenmanagementteams und der Taskforce.*
3. *In vielen Fällen kannten regionale und lokale Akteure auf politischer Ebene ihre Ansprechpartner (Zuständigkeiten/Mandat) oft nicht.*
4. *Auch ein gemeinsames Narrativ-/Rahmenkonzept für das grenzüberschreitende Pandemiemanagement auf nationaler Regierungsebene fehlte deutlich (abgesehen davon, dass nach der ersten Welle die Grenzen offen blieben).*
5. *EMRIC gelang zwar der Informationsaustausch über nationale Maßnahmen, aber es fehlte an gemeinsamen Analysen und Folgemaßnahmen.*
6. *Mit Unterstützung von EMRIC und EMR wurden viele praktische Probleme angegangen und gelöst („Reparaturbemühungen“), die auf mangelnde Koordination nationaler Maßnahmen zurückzuführen sein könnten.*
7. *Unterschiede in Daten, Datensystemen und Dashboards erschwerten die Kommunikation.*
8. *Während der Krise gab es keine gemeinsame Reflexion über Erfahrungen (mit Ausnahme der beiden Pandemie-Minikonferenzen).“*

Als „wichtige Empfehlungen“ formulieren die Forscher folgende Punkte:

1. *„Es bestand und besteht Bedarf an einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden Karte/Dashboard mit gemeinsamen Definitionen für die Euregio Maas-Rhein.*
2. *Es besteht Bedarf an einer zukünftigen grenzüberschreitenden Taskforce auf Regierungsebene mit einem echten Mandat für die proaktive Koordinierung nationaler Maßnahmen und mit einer klaren vertikalen Integration mit Krisenmanagementteams in verschiedenen Euregios.*

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

3. *Es bedarf einer aktuellen Bestandsaufnahme relevanter Ansprechpartner in jeder Region/jedem Land in den jeweiligen Krisenstäben.*
4. *Es besteht Bedarf an einer euregionalen Krisenmanagementstruktur, einem Standort, einem Mandat und Personal mit einer begrenzten Anzahl relevanter Experten und Entscheidungsträger (unter dem Dach von EMR oder BENELUX).*
5. *Es besteht Bedarf an einer EMRIC-Einheit mit Befugnissen, die als Informationsplattform fungieren kann. Entwicklung neuer Vereinbarungen oder Protokolle zur Zusammenarbeit in Pandemiesituationen - z.B. grenzüberschreitende Solidaritätsmechanismen für Intensivpflegekapazitäten.“*

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie beurteilt das Ministerium diese acht Schlussfolgerungen des ITEM?
2. Wie bewertet die Landesregierung die fünf „wichtigen Empfehlungen“ des ITEM?
3. Wie soll nach Auffassung der Landesregierung das EMRIC-Netzwerk unter Beachtung der Ausführungen des ITEM weiterentwickelt werden?
4. Welche Maßnahmen zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Katastrophenschutzes als Folge der Evaluierung der nationalen Erkenntnisse der Corona-Pandemie hat die Landesregierung inzwischen konkret ergriffen?
5. Hat die Landesregierung bereits Vorplanungen für die euregionalen Krisenmanagementstruktur entwickelt und wenn „ja“ welche?
6. Wie soll die BENELUX-Strategie bezüglich der Themen grenzüberschreitender Katastrophenschutz und grenzüberschreitendes Krisenmanagementstruktur ganz konkret nach Auffassung der Landesregierung weiterentwickelt werden?

Mit freundlichen Grüßen

Werner Pfeil



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

6. März 2023

**Beantragung eines weiteren Tagesordnungspunktes für die Sitzung
am 17. März 2023:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden
weiteren Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 17. März 2023:

5. Austausch der Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen in NRW mit der Staatskanzlei

Nach unserem Kenntnisstand gab es bis zu Beginn der Pandemie einen
regelmäßigen Austausch zwischen den Europa- und Städtepartnerschafts-
beauftragten der Kommunen und der Staatskanzlei NRW, der von letzterer
angeboten und organisiert wurde. Während der Pandemie wurde er von einer
Präsenz-Veranstaltung zu einem digitalen Format umgewandelt (letzter
Termin online im Oktober 2021). Beide Varianten wurden scheinbar
regelmäßig gut angenommen und von den kommunalen Verantwortlichen
auch als Wertschätzung sowie als wertvolle Unterstützung ihrer Arbeit
angesehen.

- Warum hat die Staatskanzlei den regelmäßigen Austausch mit den
Kommunen zum Thema Europa und Internationales eingestellt?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Ist eine Wieder-Aufnahme des Austauschs mit den Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen geplant und wenn ja, in welchem Format und wann soll dieser Austausch stattfinden?

Wir bitten die Landesregierung jeweils um schriftliche Berichte sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL